

des Welthandel, den Beschäftigungsgrad, das Realeinkommen sowie das Produktionspotential aufarbeitet. Diese Fragestellungen sind aber so komplexer Natur, daß eine sinnvolle Analyse wegen des Umfangs in einem Zusatzband stattfinden sollte.

Wolfgang Engshuber

Paul Kevenhörster

Politik im elektronischen Zeitalter – politische Wirkungen der Informationstechnik
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1984, 409 S., DM 49,—

Der Titel kündigt Großes an: eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen Wirkungen der Informationstechnik. Der Verfasser stellt sich den Anspruch, eine »Diagnose politischer Kommunikation« zu erstellen, aus der sich Folgerungen für die Gestaltungen des »Technologiestaats nach demokratischen, humanen Maßstäben« ergeben sollen. Im Mittelpunkt der materialreichen Arbeit stehen Überlegungen zum Einsatz »technikgestützter Informationssysteme«, der die »Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkapazität über Personen, Sachen und Strukturen und damit die Machtverteilung zwischen konkurrierenden Gruppen und Institutionen« verschiebt.

Der erste Teil des Buchs (»Datenherrschaft und Politik: Probleme der politischen Alltagswelt«) enthält zahlreiche und zumeist zutreffende Beobachtungen etwa über die Kapazitätsgrenzen politischer Verarbeitung der Wissensexpllosion, über die Einschränkung parlamentarischer Kontrollmöglichkeit aufgrund des Informationsdefizits des Parlaments gegenüber der Regierung oder auch über die Beeinträchtigung der vertikalen Gewaltenteilung und des Selbstverwaltungsprinzips durch Zentralisierung der Informationsverarbeitungs- und Entscheidungsstrukturen. Stellenweise mangelt es an der wünschenswerten Genauigkeit, etwa wenn der Autor im wichtigen Kapitel über den Ausbaustand »computergestützter Informationssysteme« – sich allein auf eine Meldung in der F.A.Z. stützend – von »etwa 200 Datenbasen« berichtet, die in der Bundesrepublik Deutschland »maschinenverwertbar hergestellt« würden, von denen »etwa 50 für den elektronischen Direktzugriff bereitgestellt« werden.

Das von Kevenhörster herausgegriffene Beispiel: »Im Rahmen des ›allgemeinen kriminalpolizeilichen Informations- und Auskunftssystems‹ hat das Bundeskriminalamt eine umfangreiche *Personaldatei* aufgebaut.« (S. 140) verwendet eine zumindest nicht übliche Terminologie und läßt Unsicherheiten in diesem Bereich vermuten. Die auf den kriminalpolizeilichen Problembereich bezogene »Wirkungsanalyse« samt Handlungsempfehlung ist dementsprechend oberflächlich: Es werde »deutlich, daß Informationssysteme zu Kontroll- und Überwachungszwecken genutzt werden können und daß dabei erhebliche Gefahren der Verkürzung, Vergrößerung und des Kontextverlustes entstehen. So ist insbesondere bei der ›Merkmalspeicherung‹, die bei der Terroristenfahndung *eingesetzt* wird, größte Sorgfalt geboten.« (S. 146)

An anderer Stelle (S. 104) wird, um Informationslücken der Legislative aufzuspüren, eine empirische Untersuchung von Antworten der Bundesregierung auf alle »kleinen Anfragen« im Bundestag des Jahres 1974 ausgewertet. Die Ergebnisse erhellen einiges über die Informationsquellen der Regierungsantworten, nichts aber über die Informationsqualität. Mit einer rein quantitativen Analyse von Information, wie man sie bei Kevenhörster fast durchgängig findet, ist dem konstatierten Defizit parlamentarischer Kontrolle nicht nachzuspüren und beizukommen.

Die auf die Neuen Medien bezogene Aussage, sie ermöglichten »mehr Mitwirkung und Selbstentfaltung in der politischen Kommunikation – durch individuellen Informationszugriff, Dialogformen und aktive Beteiligungen an der Programmgestaltung« (S. 384) erscheint problematisch und hätte eine eingehendere Behandlung verdient.

Die Auseinandersetzung mit den internationalen Aspekten der Technologiepolitik vermag nicht recht zu überzeugen. Zu unkritisch wird »der erfolgreiche japanische Technologiestaat« als Vorbild empfohlen, dessen Säulen Kevenhörster im Ergebnis positiv so schildert: technikfreundliches, fortschrittoptimistisches öffentliches Meinungsklima und pragmatisch orientierte Gewerkschaften, die den Technologieeinsatz am Arbeitsplatz fördern und nicht hemmen (S. 318).

Obwohl der Autor auch die negativen Auswirkungen des dominierenden »free flow of Information«-Prinzips und des IuK-Technologieexports für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in der Dritten Welt kennt und benennt, empfiehlt er den Schwellenländern im Ergebnis doch nur, »eine konsequente Technologie- und Industriepolitik zu betreiben«.

Die Untersuchung des Verfassers über die Implikationen des Technologieeinsatzes in unterschiedlichen Politikfeldern geben manchen Anlaß zum Nachdenken. Auf die brennenden Fragen nach den gesellschaftlich wünschenswerten Technologieentwicklungen antwortet Kevenhörster im Ergebnis zumeist mit einem Plädoyer für den *marktorientierten* Ausbau der Informationssysteme und Telekommunikationsnetze.

Jürgen Taeger

Philip Alston and Katarina Tomaševski (eds.)

The Right to Food

co-production Stichting Studie- en Informatiecentrum Mensenrechten – SIM, Martinus Nijhoff Publishers, The Hague 1984, 228 pp.; Dfl. 98.00/\$ 24.95

This inter-disciplinary attempt to approach the problem of the »realization« of the right to food, as the most fundamental of social and economic rights, deserves attention not only by lawyers, but as well by other development experts dealing with the problem of world hunger from a human rights perspective. To assert that everyone has the right to food seems easy. Many international documents contain authoritative statements to this effect, in particular article 11 of the International Covenant on Economic, Social, and